

Antrag Nr. 18-F-21-0027

SPD, CDU, Grüne

Betreff:

Behördennummer 115
Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen vom 04.04.2018

Antragstext:

Seit einigen Jahren besteht in inzwischen mehr als 470 Kommunen die Möglichkeit, mit der einheitlichen Behördennummer 115 bundesweit einen direkten Zugang zu Auskünften über die verschiedenen Leistungen der öffentlichen Verwaltung zu bekommen (Öffnungszeiten, Zuständigkeiten, sachbezogene Fragen etc.). Hierbei spielt es keine Rolle, ob es sich um Angelegenheiten der Kommunen, der Kreise, der Länder oder des Bundes handelt. Zusätzlich kann über das Internet das sogenannte „115-Gebärdentelefon“ erreicht werden, das für diejenigen Bürgerinnen und Bürger interessant ist, die eine Behörde mittels Gebärdensprache kontaktieren möchte.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. weshalb Wiesbaden bisher nicht am 115-Verbund teilgenommen hat?
2. bis zur Sommerpause zu berichten, in welcher Höhe Planungsmittel benötigt werden, um bis zu den Haushaltsplanberatungen 2020/2021 zur Teilnahme an der Behördennummer D-115 die kompletten Kosten für die Neuorganisation des Servicecenters und die nötige technische Infrastruktur zu ermitteln, damit diese Kosten (Personal, Räumlichkeiten, Arbeitsplatzausstattung, Schulung etc.) dann bei Zustimmung zu dem Konzept für den Doppelhaushalt 2020/2021 angemeldet werden können, sofern nicht bereits Mittel aus dem derzeitigen Haushalt zur Verfügung stehen.

Wiesbaden, 04.04.2018

Michaela Apel
Fachsprecherin
(SPD-Fraktion)

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin
(SPD-Fraktion)

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Aryo Bisso
Fraktionsreferent
(CDU-Fraktion)

Felix Kisseler
Fachsprecher
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Janne Johan Muth
Fraktionsreferent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)